Zeitschrift: Energeia : Newsletter des Bundesamtes für Energie
Herausgeber: Bundesamt für Energie
Band: - (2005)
Heft: 6

Artikel: "Diesen Weg wollen wir weitergehen" : Interview
Autor: Leuenberger, Morutz / Riva, Klaus
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-640082

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Diesen Weg wollen wir weitergehen»

Die Europäische Union will mit der Schweiz ein Abkommen im Strombereich abschliessen. Im Vordergrund stehen der Transit, der gegenseitige Marktzugang und der Bereich der erneuerbaren Energien, wie Bundesrat Moritz Leuenberger im Interview mit energeia bestätigt. Eine drohende Versorgungslücke will der Energieminister mit Massnahmen zur effizienten Energienutzung und mit beharrlicher Förderung erneuerbarer Energien schliessen.

«ICH MÖCHTE MIT DER EU IN ERSTER LINIE ÜBER DEN STROMBEREICH VERHANDELN.»

Herr Leuenberger, die EU strebt mit der Schweiz einen bilateralen Vertrag im Strombereich an. Weshalb brauchen wir ein Stromabkommen mit Brüssel?
Weil in ganz Europa die Strommärkte geöffnet werden. Obwohl bei uns das Parlament noch über die Marktöffnung diskutiert, haben wir alles Interesse, dass der uneingeschränkte Zugang zu den grossen europäischen Strommärkten garantiert ist. Natürlich beansprucht die EU das gleiche Recht in der Schweiz. Ihr grosses Interesse gilt unseren Transitleitungen. Das alles muss vertraglich geregelt werden.

Es ist ja vor allem die EU, die auf den gegenseitigen freien Marktzugang drängt ...
Für die EU ist der Stromtransit heute unbefriedigend geregelt. Während unsere Firmen ihren Strom in der Regel problemlos ins Ausland liefern können, haben ausländische Firmen nicht unbeschränkt Zugang zu unserem Netz. Aber auch wir sind daran interessiert, dass wir aus allen EU-Ländern problemlos Energie importieren können. Heute führen wir über 80 Prozent unserer Primärenergie aus dem Ausland ein.

Was kann uns Europa anbieten?
Die EU will mit uns über die weitere Handhabung der langfristigen Lieferverträge diskutieren, welche die Schweizer Stromproduzenten mit französischen AKW-Betreibern abgeschlossen haben. Erst kürzlich hat der Europäische Gerichtshof die bevorzugte Behandlung solcher Verträge bei Stromengpässen als rechtswidrig befunden. Wir sind natürlich entschieden der Meinung, dass die bestehenden langfristigen Verträge wie vereinbart abgewickelt werden müssen. Die EU hat uns signalisiert, dass sie diesen Wunsch ernst nehmen will.

Warum sind diese langfristigen Lieferverträge für uns so wichtig?
Sie sind das Herzstück der Versorgungssicherheit. Wenn etwa bei uns kurzfristig ein KKW ausfällt, dann können wir auf französischen Strom zurückgreifen. Als sich Schweizer Firmen an Kraftwerken in Frankreich beteiligt haben, gingen sie zu Recht davon aus, dass sie bis Vertragsende Strom zu den vereinbarten Bedingungen importieren können. Dieses Recht müssen wir mit der EU neu aushandeln.

Die EU möchte noch einen Schritt weitergehen und auch den Öl- und den Gasbereich bilateral regeln.
Ich möchte mit der EU in erster Linie über den Strombereich verhandeln. Im Mittelpunkt stehen dabei der Stromtransit, der gegenseitige Marktzugang und der Bereich der erneuerbaren Energien.

Welche Trümpfe halten wir in der Hand?
Also diese Verhandlungen sind nicht ein Kartenspiel, wo man sich gegenseitig übertrumpft, es geht um Argumente. Ein solches Argument ist unser Übertragungsnetz, das zu drei Vierteln vom Stromtransit beansprucht wird. Das wird in den Verhandlungen gewiss eine Rolle spielen. Trotzdem müssen wir auch etwas geben, sonst laufen wir Gefahr von wichtigen Geschäften auf dem europäischen Markt ausgeschlossen zu werden.

Die Versorgungssicherheit prägte im Frühjahr die innenpolitische Debatte. Welche Vorkehrungen lässt der Energieminister treffen, um eine drohende Stromversorgungslücke zu vermeiden?
Wir müssen die Energie effizienter nutzen und die erneuerbaren Energien wie Wasser-, Wind- und Sonnenenergie oder Erdwärme fördern. In vielen EU-Staaten haben die Erneuerbaren dank einer beharrlichen Förderpolitik beachtliche Marktanteile gewonnen und sind mittlerweile auch kostenmässig konkurrenzfähig. Schauen Sie Deutschland und Dänemark an mit ihren Windpärken, aber auch China. Dieses Land ist auf die erneuerbaren Energien angewiesen, weil sonst die grossen Städte in den Abgasen ersticken. Diese Entwicklung ist gleichzeitig eine grosse Chance für unsere Wirtschaft, welche sich mit innovativen Produkten und Know-how neue Märkte erobern könnte.

Was machen die Öffentliche Hand und die Politik, um den erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen?
Mit dem Programm EnergieSchweiz konnten wir schon viele Erfolge verbuchen. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. In Vereinbarungen mit verschiedenen Partnern, etwa der Automobilbranche oder der Zementindustrie, können wir erreichen, dass der CO_2-Ausstoss freiwillig reduziert wird. Im letzten Herbst hat der Nationalrat bei den Stromversorgungsvorlagen deutliche Zeichen zugunsten der erneuerbaren Energien gesetzt. Das reicht aber nicht. Der nächste Schritt wird die CO_2-Abgabe auf Brennstoffen sein, über die das Parlament entscheiden wird. Da erwarte ich, dass die grosse Kammer ihre klimapolitische Verantwortung wahrnimmt.

Wird sich auch im Präsidialjahr für eine nachhaltige Energiepolitik einsetzen: Energieminister Moritz Leuenberger

«DA ERWARTE ICH, DASS DIE GROSSE KAMMER IHRE KLIMAPOLITISCHE VERANTWORTUNG WAHRNIMMT.»

Die Strombranche hegt grosse Zweifel am Potenzial der erneuerbaren Energien. Sie argumentiert zudem, dass diese Energie nicht kontinuierlich und nicht planbar fliesst. Führt an der Atomkraft kein Weg vorbei?
Die Atomenergie bietet klimapolitische Vorteile, aber auch gewichtige Nachteile. Neue AKW dürften es politisch schwierig haben. Zudem ist die Atomenergie teuer und die Standortfrage der Endlagerung bis heute ungelöst. Deswegen müssen wir alle anderen Mittel ausschöpfen, also die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien fördern. Grundlage für die politische Diskussion, wie wir die absehbare Versorgungslücke decken können, sind die Energieperspektiven 2035/2050. Diese liegen im nächsten Jahr vor.

Stichwort Entsorgung: Sie haben die NAGRA angewiesen, zum Zürcher Weinland alternative Standorte zu eruieren. Warum dieses Vorgehen?
Bei der Abstimmung um das geplante Endlager am Wellenberg wurde der Vorwurf erhoben, der Bund sei ohne Alternativen nur auf einen einzigen Standort zugesteuert. Diesen Fehler wollen wir hier nicht wiederholen. Deshalb soll die Nagra verschiedene Alternativen für ein Tiefenlager prüfen. Das Bundesamt für Energie erstellt jetzt einen Sachplan, der das Auswahlverfahren für geologische Tiefenlager nach überprüfbaren Kriterien festlegt. Ich habe überdies einen Beirat eingesetzt, der die Arbeiten begleitet und für ein transparentes und nachvollziehbares Verfahren sorgt. Welcher Standort es auch immer sein wird, ich will ihn mit gutem Gewissen vertreten können.

Kritiker wollen ein Tiefenlager erst dann akzeptieren, wenn in der Schweiz die bestehenden Kernkraftwerke abgestellt und keine neuen gebaut werden. Was halten Sie davon?
Das ist eine Erpressung zulasten unserer Kinder. Unsere Generation betreibt KKW und profitiert von ihnen. Sie ist es sich und ihren Nachkommen schuldig, die Entsorgung zu lösen. Wenn wir heute Strom aus Kernkraft gewinnen, so sind wir auch für die sichere Entsorgung verantwortlich.

Interview: Klaus Riva